

## Auftragsbekanntmachung

### Dienstleistungen

#### Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

#### **Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber**

##### I.1) **Name und Adressen**

Offizielle Bezeichnung: Hansestadt Lüneburg

Postanschrift: Am Ochsenmarkt 1

Ort: Lüneburg

NUTS-Code: DE93 Lüneburg

Postleitzahl: 21335

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Stabstelle Bauverwaltungsmanagement

E-Mail: [dirk.carmincke@stadt.lueneburg.de](mailto:dirk.carmincke@stadt.lueneburg.de)

Telefon: +49 4131/3093428

Fax: +49 4131/309553428

##### **Internet-Adresse(n):**

Hauptadresse: <https://www.hansestadt-lueneburg.de/rathaus/ausschreibungen.html>

##### I.3) **Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.subreport.de/E91614177>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.subreport.de/E91614177>

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen

##### I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Kommunalbehörde

##### I.5) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

#### **Abschnitt II: Gegenstand**

##### II.1) **Umfang der Beschaffung**

###### II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Fachplanung Elektro für die Erweiterung der IGS Kreideberg, Thorner Straße 14 in 21339 Lüneburg

###### II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**

71321100 Dienstleistungen im Bereich Bauwirtschaft

###### II.1.3) **Art des Auftrags**

Dienstleistungen

###### II.1.4) **Kurze Beschreibung:**

Neubau eines Oberstufengebäudes an der IGS Kreideberg, mit involvierten Stadtteilhaus KredO+. Die Anbindung geschieht über den Bestand.

###### II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

Wert ohne MwSt.: 6 900 000.00 EUR

###### II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) **Beschreibung**

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DE935 Lüneburg, Landkreis

Hauptort der Ausführung:

IGS Kreideberg, Thorner Straße 14, 21339 Lüneburg

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Die Planungsaufgabe besteht darin die IGS Kreideberg um einen Trakt zu erweitern.

Die Umsetzung soll nach Grobzeitenplan durchgeführt werden.

Gem. einer Kostenschätzung belaufen sich die geschätzten Kosten für die Umsetzung der Gesamtmaßnahme auf brutto ca. 6.900.000 €. Aus den geschätzten Baukosten ergibt sich eine Honorarsumme von ca.

145.000 € brutto. Das zu erwartende Gesamthonorar befindet sich über dem Schwellenwert, ab dem vor einer Beauftragung der Planungsleistung ein VgV- Verfahren durchzuführen ist. Die Beauftragung der Planungsleistung erfolgt stufenweise.

Eine detaillierte Beschreibung findet sich anbei (Projektbeschreibung)

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6) **Geschätzter Wert**

Wert ohne MwSt.: 122 000.00 EUR

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Laufzeit in Monaten: 30

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9) **Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

Geplante Mindestzahl: 3

Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Teilnahmeanträge, die nicht wegen Unvollständigkeit, formaler oder sonstiger Mängel auszuschließen sind und die Mindestanforderungen erfüllen, werden anhand der unter III.1.2 (wirtschaftliche und finanzielle

Leistungsfähigkeit) und unter III.1.3 (technische Leistungsfähigkeit) geforderten Angaben mit Punkten bewertet.

Es werden diejenigen (max. 5) Bewerber mit der höchsten Punktzahl zur Angebotsabgabe aufgefordert. Bei Punktegleichstand entscheidet das Los.

II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) **Angaben zu Optionen**

Optionen: nein

II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

1. Eine Bewertungsmatrix ist in den Informationsunterlagen beigelegt (s. "Hinweisbogen zur Präzisierung und Gewichtung der Auswahlkriterien").

Gem. VgV §17 Abs.11 behält sich der Auftraggeber ausdrücklich vor den Auftrag auf der Grundlage der Erstangebote zu vergeben, ohne in Verhandlungen einzutreten. Das VgV-Verfahren würde dann ohne eine persönliche Präsentation der Bieter beendet werden und der Auftrag würde anhand der bewerteten schriftlichen Erstangebote vergeben werden.

### **Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben**

#### **III.1) Teilnahmebedingungen**

##### **III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

1. Aktuelle Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes (einfache Kopie reicht aus) oder vergleichbare Bescheinigung eines anderen EU-Mitgliedsstaats (nicht älter als 6 Monate gerechnet ab dem unter IV.2.2) genannten Datum). Soweit die Bescheinigung zum Zeitpunkt des Ablaufs der Frist zur Einreichung der Teilnahmeanträge noch nicht vorliegt, ist mit dem Teilnahmeantrag nachzuweisen, dass diese unverzüglich beantragt wurde. Diese ist nachzureichen, sobald sie vorliegt, spätestens mit Abgabe des Angebots.

2. Unterschriebene Eigenerklärung, dass der Bewerber seine Verpflichtungen zur Zahlung der Beiträge zur Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt.

3. Unterschriebene Eigenerklärungen:

- ob und auf welche Art auf den Auftrag bezogen ein Bewerber in relevanter Weise mit anderen zusammenarbeitet einschließlich der Angabe, welche Teile des Auftrags der Bewerber als Unterauftrag zu vergeben beabsichtigt. Es gelten insoweit ferner die in VI.3 Nr. 4 genannten Anforderungen.

- über die erfolgte bzw. nicht erfolgte rechtskräftige Verurteilung wegen der in § 123 Abs. 1 Ziff. 1-10 u. Abs. 2 GWB genannten Straftatbestände (zwingende Ausschlussgründe) unter Benennung der Person(en), die rechtskräftig verurteilt worden ist (sind).

- über das Vorliegen der in § 124 Abs. 1 Ziff. 1-9 GWB genannten (fakultativen) Ausschlussgründe (laufendes Insolvenzverfahren / Liquidation bzw. gleichartige Verfahren anderer Staaten bzw. Einstellung der Tätigkeit; rechtskräftige Verurteilung aus Gründen, die die berufliche Zuverlässigkeit in Frage stellen (z. B. Betrug, Untreue), Vorliegen bzw. Nichtvorliegen einer schweren Verfehlung (z. B. gegen Auflagen eingestellte Ermittlungsverfahren betreffend die berufliche Zuverlässigkeit, aufgrund vertraglicher Pflichtverletzungen außerordentlich gekündigte Vertragsverhältnisse).

Die unter 1. bis 3. geforderten Nachweise werden bei Bewerbergemeinschaften von jedem Mitglied gefordert.

Falsche Angaben führen zum Ausschluss.

Der Bewerber muss die Eignung mit dem Nachweis eines Diploms, bzw. Bachelor-/Masterabschluss im Bereich der technischen Gebäudeausrüstung (Elektrotechnik) nachweisen.

##### **III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Eignungskriterien gemäß Auftragsunterlagen

##### **III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Eignungskriterien gemäß Auftragsunterlagen

#### **III.2) Bedingungen für den Auftrag**

##### **III.2.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Elektro Fachplanung

##### **III.2.2) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

Aktueller Nachweis (nicht älter als 6 Monate gerechnet vom Abgabetermin des Teilnahmeantrags) eines Haftpflichtversicherers (nicht des Maklers) über das Bestehen einer Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 500.000,00 € für Personen- sowie Sach- und Vermögensschäden(im Falle der Teilnahme einer Bewerbergemeinschaft ist der Nachweis von jedem Mitglied einzeln zu erbringen) bzw. verbindliche Bestätigung eines Haftpflichtversicherers (nicht eines Maklers), dass spätestens zwei Wochen

4 / 7  
nach Auftragserteilung eine Berufshaftpflichtversicherung mit den genannten Deckungssummen zur Verfügung stehen wird (im Falle der Teilnahme einer Bewerbergemeinschaft ist dieser Nachweis gemeinsam zu erbringen). Wird der Nachweis über die Berufshaftpflicht nach Maßgabe der vorstehenden Anforderungen ggf. auch auf Nachfordern hin nicht erbracht, wird das Angebot ausgeschlossen. Die Vorlage von Kopien ist ausreichend.  
Bietergemeinschaften:

Bei Teilnahme einer Bewerbergemeinschaft ist eine von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft unterschriebene Erklärung über die gesamtschuldnerische Haftung im Auftragsfall unter Benennung eines bevollmächtigten Vertreters im Original einzureichen.

Gibt ein Bieter ein eigenes Angebot ab und ist dieser zugleich Mitglied einer Bietergemeinschaft, so werden beide Angebote nicht berücksichtigt.

### III.2.3) **Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

## **Abschnitt IV: Verfahren**

### IV.1) **Beschreibung**

#### IV.1.1) **Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

#### IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

#### IV.1.4) **Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote

#### IV.1.5) **Angaben zur Verhandlung**

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

#### IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: nein

### IV.2) **Verwaltungsangaben**

#### IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 21/03/2023

Ortszeit: 11:00

#### IV.2.3) **Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

Tag: 01/04/2023

#### IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**

Deutsch

#### IV.2.6) **Bindefrist des Angebots**

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 07/07/2023

#### **Abschnitt VI: Weitere Angaben**

**VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

**VI.3) Zusätzliche Angaben:**

1. Interessenten registrieren sich einmalig auf der Vergabepattform „subreport ELViS“. Über diese Registrierung werden die Interessenten informiert, falls weitere Informationen an die Bewerber, z. B. auch in Form von Bewerberfragen und -antworten, bekanntzugeben sind.

2. Den Teilnahmeanträgen ist ein Anschreiben des Bewerbers voranzustellen. Dieses hat im Betreff die Formulierung „Antrag auf Teilnahme am Bewerbungs- / Auswahlverfahren für Planungsleistungen (Technische Gebäudeausrüstung) für die Baumaßnahme „Oberschule Am Wasserturm Umbau und Modernisierung des Schulgebäudes“ sowie die vergabenummer: 226-22-81 zu enthalten.

Im Anschreiben hat der Bewerber folgende Erklärung zwingend abzugeben: „Ich / Wir bewerbe(n) mich / uns für die Teilnahme am Bewerbungs- /Auswahlverfahren für die im Betreff genannten Planungsleistungen und – im Falle der Auswahl – am späteren Verhandlungsverfahren sowie um die Beauftragung für die genannten Planungsleistungen“. Das Anschreiben hat ferner eine Übersicht über die beigefügten Anlagen in der Reihenfolge der Vergabebekanntmachung zu enthalten.

Das Anschreiben ist im Original zu unterzeichnen, bei Bewerbergemeinschaften von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft, unbeschadet der Verpflichtung nach III.2.2) Hinweis: Teilnahmeanträge, die die vorstehend geforderte Erklärung nicht enthalten, werden nicht weiter berücksichtigt.

Die Teilnahmeanträge müssen spätestens zu dem unter IV.2.2) festgelegten Termin elektronisch über die Vergabepattform „Subreport ELViS“ eingereicht werden.

Eine Einreichung per Telefax oder E-Mail ist nicht zulässig

3. Sofern sich Bewerbergemeinschaften bewerben, ist zusätzlich eine im Original von allen Mitgliedern unterschriebene Bewerbergemeinschaftserklärung mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen, aus der sich die

gesamtschuldnerische Haftung der Mitglieder im Auftragsfall und der bevollmächtigte Vertreter ergibt. Es wird nochmals auf die Vorgaben in III.2.2) und III.1.1) hingewiesen, wonach bestimmte Erklärungen / Nachweise von jedem Mitglied einer Bewerbergemeinschaft vorzulegen sind. Die Erklärungen zur Eignung der Mitglieder einer ordnungsgemäß teilnehmenden Bewerbergemeinschaft (Referenzen, Umsatzzahlen etc.) werden kumulativ berücksichtigt.

4. Beabsichtigt der Bewerber, sich bei der Erfüllung des Auftrags der Kapazitäten Dritter zu bedienen, so ist dieser bzw. sind diese im Teilnahmeantrag zu benennen. Dritter in diesem Sinne ist jeder, der nicht Bewerber ist, also insbesondere Nachunternehmer, verbundene Unternehmen oder Gesellschafter des Bewerbers. Die Eignung (III.1.2 und III.1.3) des bzw. der Dritten muss im Teilnahmeantrag mit denselben Nachweisen und in demselben Umfang belegt werden, wie dies auch für die Eignung des Bieters verlangt wird, allerdings beschränkt auf den Leistungsteil, den der Dritte übernehmen soll. Soweit der Bewerber unter Berücksichtigung vorstehender Vorgaben Nachweise und Erklärungen des Dritten zur Eignung beibringt, ist insoweit die Eignung des Bewerbers selbst nachgewiesen (kumulative Berücksichtigung).

Mit dem Teilnahmeantrag sind ferner folgende Eigenerklärungen des Dritten einzureichen:

- Ordnungsgemäße Erfüllung der Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und von Beiträgen zur Sozialversicherung;
- über die erfolgte oder nicht erfolgte rechtskräftige Verurteilung wegen der in § 123 Abs. 1 Ziff. 1-10 u. Abs. 2 GWB genannten Straftatbestände und Benennung der Person(en), die rechtskräftig verurteilt worden ist / sind,
- über das Vorliegen der in § 124 Abs. 1 Ziff. 1-9 GWB genannten fakultativen Ausschlussgründe (vgl. III.1.1), Nr. 3, vierter Spiegelstrich).

Liegt in der Person des Dritten ein Ausschlussgrund (etwa nach § 123 Abs. 1 GWB) vor, führt dies zum Ausschluss des Bewerbers. Dies gilt auch im Falle falscher Angaben.

Wird der Bewerber zur Angebotsabgabe aufgefordert, hat er mit dem Angebot eine im Original unterzeichnete Verpflichtungserklärung des jeweiligen Dritten vorzulegen. Dieser Verpflichtungserklärung muss entnommen werden können, dass sich der Dritte gegenüber dem Auftraggeber verpflichtet, dem Bieter im Fall der Beauftragung seine Kapazitäten in dem im Teilnahmeantrag benannten Umfang zur Verfügung zu stellen.

5. Die nach II.2.14) geforderten Erklärungen und Nachweise sind, sofern nicht ausdrücklich etwas Anderes zugelassen ist, mit dem Teilnahmeantrag, spätestens zu dem in IV.2.2) genannten Termin vorzulegen. Geforderte Erklärungen und Nachweise, die bis zum Ablauf der in IV.2.2) genannten Frist nicht vorgelegt wurden, können auf Anforderung des Auftraggebers innerhalb einer Frist von sechs Kalendertagen nachgereicht werden. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Anforderung, es sei denn, der Bewerber weist nach, dass er die Aufforderung erst später erhalten hat. Werden auf diese Weise nachgeforderte Erklärungen und Nachweise nicht innerhalb der Frist vorgelegt, wird der Teilnahmeantrag ausgeschlossen.

6. Die namentliche Angabe des vorgesehenen Projektleiters und stellvertretenden Projektleiters im Teilnahmeantrag ist bindend. Die Projektleiter können im Verhandlungsverfahren (und in der späteren Vertragsdurchführung) nur unter der Voraussetzung der mindestens gleichen Eignung ausgetauscht werden. In diesem Falle ist der Eignungsnachweis des neu zu benennenden Projektleiters bzw. stellvertretenden Projektleiters gleichzeitig mit dem Austausch zu erbringen.

7. Der Vertragsschluss steht unter dem Vorbehalt der Bewilligung der für die Planungs- und Bauleistungen erforderlichen Haushaltsmittel.

8. Nach derzeitigem Projektzeitenplan erfolgt die Auftragsverhandlung mit den ausgewählten Bietern voraussichtlich im April

2023. Der genaue Termin wird den ausgewählten Bietern mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe mitgeteilt.

#### VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

##### VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer beim Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung

Postanschrift: Auf der Hude 2

Ort: Lüneburg

Postleitzahl: 21339

Land: Deutschland

E-Mail: [vergabekammer@mw.niedersachsen.de](mailto:vergabekammer@mw.niedersachsen.de)

Telefon: +49 4131/151334-1336

Fax: +49 4131/151943

Internet-Adresse: <http://www.mw.niedersachsen.de>

#### VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Es wird darauf hingewiesen, dass ein Nachprüfungsantrag gem. § 160 Abs. 3 GWB unzulässig ist, soweit:

1. Der Antragssteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist der Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1

Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

#### VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

20/02/2023